

BUCHREZENSION

Wessen Wille geschehe?

Claudine Muno

Es ist ein ewiger Widerspruch: Frauen verfügen über die Fähigkeit, Kinder in die Welt zu setzen. Über das Wann, Wo und mit Wem entscheiden aber auch 2022 noch immer andere – oftmals Männer. Warum das so ist und was sich ändern müsste, darüber schreiben Gesine Agena, Patricia Hecht und Dinah Riese in ihrem neuen Buch „Selbstbestimmt“.

Als im April 2020 aufgrund der Coronapandemie die Grenzen zur Ukraine geschlossen wurden, warteten in Kiew 46 Säuglinge ukrainischer Leihmütter darauf, von ihren „Bestell-Eltern“ abgeholt zu werden. Das Land hat eine liberale Haltung zur Leihmutterschaft, in der Hauptstadt allein bieten sechs Kliniken diese legale Dienstleistung für Menschen aus dem westlichen Ausland an. Demnach gehört die Ukraine, neben den USA, zu jenen Ländern, an die sich Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch am häufigsten wenden. Zwischen den beiden Ländern gibt es aber große Unterschiede, was die finanzielle Entschädigung der austragenden Frauen angeht. Von den mehr als 20.000 Euro, die Bestell-Eltern für ein in der Ukraine geborenes Kind bezahlen, erhalten die Leihmütter laut dem Buch bisweilen kaum mehr als 1.000 Euro; der Rest geht an das vermittelnde Unternehmen.

Es ist ein kompliziertes und vielschichtiges Thema, dessen sich Gesine Agena, Patricia Hecht und Dinah Riese in ihrem kompakten, aber sehr ausführlichen Buch ange-

nommen haben. „Für reproduktive Rechte“ lautet der Untertitel und die Präposition lässt vermuten, dass es sich hier um ein Manifest handelt, das ganz im Sinne des Titels zu verstehen ist: „Selbstbestimmt“. Und das stimmt auch, aber das Buch geht noch darüber hinaus. Die drei Autorinnen engagieren sich für frauenpolitische Themen; Agena arbeitet als Politikwissenschaftlerin, Hecht und Riese als Redakteurinnen der in Berlin erscheinenden Tageszeitung „taz“. „Selbstbestimmt“ vertritt nicht nur eine politische Haltung, sondern erklärt auch sehr präzise und mit zahlreichen Beispielen, wie diese zustande kommt.

Als die Autorinnen die Recherchen für ihr Buch abschlossen, konnten sie nicht ahnen, dass die Lebensumstände der Leihmütter und der von ihnen geborenen Säuglinge in der Ukraine noch viel dramatischer werden würden als während der Pandemie. Weil das russische Militär im Zuge seiner Kriegsführung nicht davor zurückschreckt, Kinderkrankenhäuser zu beschießen, musste die Evakuierung der Babys organisiert werden. Währenddessen bangten Eltern aus China, Deutschland, Amerika oder Mexiko um ihre ihnen noch unbekannten Kinder.

Wer den titelgebenden Begriff „Selbstbestimmung“ in Bezug zu „reproduktiven Rechten“ liest, denkt neben der Leihmutterschaft vermutlich vor allem an Abtreibung. Die fünf Kapitel decken aber auch andere Bereiche ab, die nicht so sehr im Fokus der öffentlichen Debatte stehen, wie

Zwangssterilisation oder Müttersterblichkeit. Der deutschen Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Peggy Piesche zufolge betreffen reproduktive Rechte „alle Aspekte reproduktiver Gesundheit und das sexuelle Selbstbestimmungsrecht“, also das Recht, sowohl über die Anzahl der Kinder zu entscheiden als auch über die Umstände der Geburt.

„Wer Kinder bekommen soll und wer nicht, ist bis heute eng gekoppelt an Normvorstellungen und Hierarchien, entlang derer Gesellschaften organisiert sind.“

Einen besonders aufschlussreichen Einstieg ins Thema bietet der erste Beitrag zur Bevölkerungspolitik, der einen Bogen schlägt von den diesbezüglichen Überlegungen des britischen Ökonomen Thomas Malthus Ende des 18. Jahrhunderts über die Eugenik bis zur Pro-Choice Bewegung der Gegenwart. Der Text macht deutlich, inwiefern auch rassistische Motive und soziale Umstände auf das Recht der Frauen einwirken, über ihren Körper zu bestimmen. Dieser wird zum „Austragungsort“ religiöser und ethischer Konflikte. Und eine sehr persönliche und intime Entscheidung dadurch zur Machtfrage.

Immer wieder nehmen politische Regime aus den unterschiedlichsten Gründen Einfluss auf die Fortpflan-

zung. Während die chinesische Führung versucht, nach Jahrzehnten der Ein-Kind-Politik seine Bürger*innen zu mehr Nachwuchs zu ermutigen und bei der eigentlich verbotenen Leihmutterschaft „ein Auge zudrückt“, nehmen sie bei Uigur*innen Zwangssterilisationen vor. Der Anthropologe Adrian Zenz nennt dieses Vorgehen der chinesischen Regierung gar einen „demografischen Genozid“. Auch Demokratien sind vor dem Missbrauch staatlicher oder staatlich delegierter Macht nicht gefeit. In den USA wurden in einer privaten Hafteinrichtung der Einwanderungsbehörde überdurchschnittlich viele Hysterektomien, die Entfernung der Gebärmutter also, bei spanischsprachigen Migrantinnen durchgeführt. Die Frauen hatten im Vorfeld über Menstruationsbeschwerden geklagt.

Wenn sich Frauen vom Staat wahlweise gedrängt oder im Stich gelassen fühlen, helfen sie sich untereinander. Die Gruppe „Ciocia Basia“ aus Berlin verschickt Tabletten für einen sicheren medikamentösen Schwangerschaftsabbruch in alle Welt. Die meisten Anfragen kommen aus Polen und Südkorea. Vor ein paar hundert Jahren wären die Mitglieder der Gruppe für ihr Engagement womöglich als Hexen verbrannt worden.

Doch auch feministische Netzwerke können nicht alle auffangen, denen Unrecht widerfährt. Die Autorinnen scheuen nicht davor zurück, auch Widersprüche auszuloten. Während weiße Feminist*innen sich in der Pro-Choice-Bewegung vorwiegend für Schwangerschaftsabbrüche engagier-



Decken in ihrem Buch auch Aspekte ab, die nicht so sehr im Fokus der öffentlichen Debatte stehen, wie Zwangssterilisation oder Müttersterblichkeit: Die Autorinnen Gesine Agena, Patricia Hecht und Dinah Riese.



Foto Agena: © Mina Schmidt; Foto Hecht und Riese: © Sonja Trabandt

ten, mussten „Schwarze, migrantische und Frauen of Color“ um das Recht streiten, überhaupt Kinder haben zu dürfen. Die afroamerikanische Bürgerrechtlerin Angela Davis kritisierte, dass weiße Feminist*innen es versäumt haben, die eigene Bewegung selbstkritisch zu beobachten und deshalb nicht „verstanden, warum so vielen ihrer Schwarzen Schwestern ihre Sache eher verdächtig schien“. Und manchmal reden Frauen auch gar nicht, noch nicht einmal untereinander, sondern schweigen sich aus, zum Beispiel über Fehlgeburten oder auch Gewalt während der Geburt, die laut Statistiken jede zweite von ihnen erlebt, etwa durch übergriffiges und gewaltsames Verhalten des Personals im Kreißsaal (siehe auch den Artikel über Gewalt in der Gynäkologie und Geburtshilfe in diesem Dossier: „Erst das Staunen, dann die Selbstkritik“).

Während für Frauen im globalen Norden also sowohl der unerfüllte Kinderwunsch, wie die Suche nach einer Abtreibungsklinik oftmals wie ein Spießrutenlauf anmutet, werden Frauen im globalen Süden mit Kampagnen dazu aufgefordert, weniger Kinder zu bekommen. Aus dem Kolonialismus hat sich die Vorstellung herübergerettet, dass es gegen Armut hilft, auf Kinder zu verzichten. Nur wurden diese Kampagnen weitgehend ohne Mitwirken der Länder konzipiert, für die sie bestimmt sind. Frauen werden Implantate einsetzt,

während die verhältnismäßig weniger aufwändige und riskante Sterilisation des Mannes kaum thematisiert wird.

Hingegen ist Sterilisation die weltweit gebräuchlichste Verhütungsmethode für Frauen. Die Autor*innen erklären, wie die Initiative „Family Planning 2020“, die größte Kampagne zur globalen Familienplanung, zwar armen Frauen Zugang zu Kontrazeption verschafft und die Müttersterblichkeit verringert, aber auch zahlreiche Nachteile aufweist. Den Frauen werden oft lang wirkende Methoden und Präparate wie Hormonimplantate zugemutet, deren Entfernung nicht geregelt ist und die teilweise starke Nebenwirkungen haben. Initiiert haben diese Kampagne übrigens Melinda und Bill Gates, was danach zur Grundlage für zahllose Verschwörungsmymen wurde.

Wenn Frauen mit Behinderung einen Kinderwunsch haben, wird Bevormundung laut den Buchautorinnen „als Sorge getarnt“. Weiße Akademikerinnen versucht man von Abtreibungen abzubringen, behinderten Frauen rät man dazu. In Deutschland gibt es darüber hinaus nur wenige Spezialpraxen, die für behinderte Frauen barrierefrei zugänglich sind. Alleinstehende Frauen, homosexuelle Paare oder queere Menschen mit Kinderwunsch müssen ebenfalls etliche

Hürden überwinden, oder zumindest ein paar Landesgrenzen. „Wer Kinder bekommen soll und wer nicht, ist bis heute eng gekoppelt an Normvorstellungen und Hierarchien, entlang derer Gesellschaften organisiert sind“, so die Autorinnen.

Auf der Strecke bleibt in jedem Fall die Selbstbestimmung, womit wir wieder beim Anfang wären. „Reproduktive Rechte sind ein Seismograf für den Zustand der jeweiligen Demokratien“, heißt es im Vorwort. Der vor kurzem öffentlich gewordene Entwurf einer Urteilsbegründung des Obersten Gerichtshofs der USA, wonach das liberale Abtreibungsrecht des Landes gekippt werden soll, scheint dies einmal mehr zu bestätigen.

So spielen bei reproduktiven Fragen meist ideologische, religiöse oder marktwirtschaftliche Überlegungen eine große Rolle, nicht jedoch die Interessen, das Wohlbefinden oder die körperliche Integrität der Person, die das Kind austrägt. Besonders perfide ging das NS-Regime vor: Der Beruf der Hebamme wurde aufgewertet, was vermeintlich sowohl den Gebärenden als auch den Geburtshelferinnen zugutekommen sollte, aber die

Maßnahme war in erster Linie darauf gerichtet, dass Hebammen als vermeintlich „nicht lebenswert“ eingestufte Säuglinge melden sollten.

Jede*r will mitreden, allen voran Religion und Politik, nur miteinander geredet wird zu wenig. 2019 verglich Papst Franziskus Abtreibung mit einem „Auftragsmord“ – eine solche Einschätzung macht eine ergebnisoffene Debatte von vornherein unmöglich. Hingegen liefert „Selbstbestimmt“ für eine solche Debatte eine gute Grundlage, weil die Autor*innen auf Fakten setzen, statt auf Meinungen, auch Widersprüche nicht scheuen und Zusammenhänge aufzeigen, die wenig Aufmerksamkeit erfahren. Agena, Hecht und Riese setzen auf Logik statt auf Ideologie, und das ist zweifellos die große Stärke dieses Buches.

Gesine Agena, Patricia Hecht, Dinah Riese: Selbstbestimmt. Für reproduktive Rechte. Wagenbach Verlag, 208 Seiten.